

„Soll man Großbanken zerschlagen, um die Wirtschaft stabiler zu machen?“



STEFAN BISKAMP ist Direktor für die Zukunft des Finanzsystems beim World Future Council und war Vize-Chefredakteur der Wirtschaftswoche.

„Ja – denn der Staat darf keine Banken zulassen, deren Insolvenz die gesamte Wirtschaft gefährdet und die der Regierung deshalb zu leicht Hilfe abpressen können. Eine Garantie auf Rettung, die sich allein aus der Größe einer Bank ergibt, degradiert alle anderen Unternehmen zu Firmen zweiter Klasse und verzerrt den Wettbewerb. Daher sind die Kartellbehörden in der Pflicht, systemkritische Banken zu zerlegen. Sicher, nicht alle Großbanken mussten mit Steuermilliarden gerettet werden, und der hiesige Marktführer, die Deutsche Bank, kam bislang glimpflich durch die Krise. Doch trotzdem müssen Fehlanreize für jene allzu riskanten Geschäfte beseitigt werden, die die Finanzkrise verursacht haben. Dazu gehört auch, das für die Wirtschaft so eminent wichtige Kredit- und Einlagengeschäft vom Investmentbanking zu trennen. Denn die Verquickung beider Geschäfte sorgt für Interessenkonflikte und gefährdet die Kreditversorgung der Unternehmen. Von den Effizienzgewinnen und Traumrenditen großer Bankenkonglomerate profitieren das Management und Aktionäre, nicht die Wirtschaft insgesamt. Aber sie trägt den Schaden, wenn die Blase platzt.“



Was ist Ihre Meinung? Schicken Sie uns Ihren Leserbrief oder Ihre Themenvorschläge für diese Rubrik an: redaktion@boeckler.de



Fotos: privat (l.), Sören Zieher

HEIKE JOEBKES leitet das Referat Internationale Konjunkturforschung und Finanzmarktkrise im IMK der Hans-Böckler-Stiftung.

„Nein – Großbanken üben wichtige Funktionen aus, die kleinere Banken überfordern: Sie begleiten Unternehmen an den Kapitalmarkt und können auch große, komplexe Projekte finanzieren. Eine Zerschlagung wäre daher falsch und auch gefährlich: Es könnten einseitig ausgerichtete, risikoreiche Einheiten entstehen. Nicht die Institutsgröße, sondern die Systemrelevanz ist problematisch: Systemrelevante Banken können immer darauf rechnen, vom Staat gerettet zu werden. So musste die nur mittelgroße Hypo Real Estate staatlich gerettet werden, weil sie der mit Abstand bedeutendste Akteur auf dem deutschen Pfandbriefmarkt ist. Gegen Anreizprobleme bei systemrelevanten Banken helfen differenzierte Kapitalpuffer: Würde die Bankenaufsicht nach Systemrelevanz – auch einzelner Geschäftsbereiche – gestaffelt eine höhere Eigenkapitalquote fordern, könnte sie gezielt gegen Systemrisiken in bestimmten Segmenten vorgehen und gleichzeitig eine zu einseitige, risikoreiche Ausrichtung einzelner Banken oder Geschäftsbereiche sanktionieren. Je nach Höhe der Sätze würden sich Banken dann auch freiwillig verkleinern. Dies wäre politisch leichter durchsetzbar als staatlich verordnete Zerschlagungen von vor Kurzem noch politisch geförderten Fusionen wie zwischen Dresdner Bank und Commerzbank.“